

# Mitteilungs-Blatt

Des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezugsnehmer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 27.

Berlin, den 18. März 1917.

11. Jahrgang.

## Eine Wahl ohne Beweiskraft Der Wahl-„Sieg“ der Regierungssozialisten in Spandau-Osthavelland.

„Die Arbeiterschaft hat alle Ursache Herrschenden bei ihren Beratungen (im Parlament) nicht allein zu lassen, sondern sich daran zu beteiligen... Mein Narr kann den Arbeitern raten, von der Wahl fern zu bleiben, wo die Gesetze gemacht werden und die Steuerlast verteilt wird. Freilich ist man die Bedeutung dieser Stätte auch nicht übersehen. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß große politische Erfolge im Parlament nicht leicht erzielt werden können. Die Mehrheit entscheidet und die Mehrheit ist antisozialdemokratisch, ist arbeiterscheu... Vor allem wäre es falsch, wenn die Arbeiterschaft ihre gewählten Vertreter allein ließe. Es ist notwendig, daß sie ihren Worten Nachdruck verleihen... Das Proletariat darf nie vergessen, daß das Wort seiner Befreiung sein eigenes Wort sein muß, daß das entscheidende Wort in kritischen Zeiten nicht auf der Parlamentaristritze... nicht von den Abgeordneten, sondern von den Massen selbst gesprochen wird. Der politische Kampf ist nicht bloß ein parlamentarischer Kampf, das Parlament ist für die Arbeiterschaft auch ein gefährlicher Kampfboden, auf dem die Kämpfer leicht verwirrt werden. In dem Hin und Her des Verhandels nicht den richtigen Weg zu verlieren, ist mitunter eine große Kunst. Und der richtige Weg ist nicht der, auf dem man nur zu Augenblickserfolgen gelangt, sondern der den doppelten Zweck alles proletarischen Kampfes ins Auge faßt: des Arbeiters Los zu bessern und seine Befreiung herbeizuführen, die Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Kapitalismus zu stärken, damit sie ihn überwinden kann.

Darum darf sich auch die Arbeiterschaft auf den Parlamentarismus nicht verlassen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate ist ein Gradmesser für die Stärke der Partei. In ihr kommt die Macht der Partei zum Ausdruck..."

Keine noch so kluge Taktik vermag die wirkliche Macht zu ersehen. Erfolge, die ihr Dasein nur dem Entgegenkommen an den Feind, der Preisgabe der Grundsätze ihr Dasein verdanken, sind nur Scheinerfolge. Sie... schwächen die Kampffähigkeit des Proletariats und verringern damit die Möglichkeit künftiger größerer Erfolge. Sie beeinträchtigen die Erziehung der noch indifferenten Massen zum Klassenbewußtsein, die sich in den Winkelzügen parlamentarischer Schacherpolitik nicht zurechtfinden, die nur durch rücksichtslose Vertretung der proletarischen Klasseninteressen, durch unbedingte Gegnerschaft gegenüber den Machtansprüchen des Klassenstaates Freund und Feind unterscheiden lernen und so von dem Netz der bürgerlichen Parteien gelöst werden können."

Die hier zitierten Sätze stammen aus einer wertvollen Agitations- und Aufklärungsschrift, deren letzte Auflage Anfang 1914 unter wohlwollender Billigung des deutschen Parteivorstandes vertrieben und in den Kursen der Bildungsausschüsse zur Anschaffung empfohlen wurde. Die obenstehenden Sätze über parlamentarische Tätigkeit und proletarischen Wahlkampf geben die beste Beurteilung des „glänzenden“ Wahlsieges, den die Regierungssozialisten am vergangenen Mittwoch in dem Wahlkreise, den ein Karl Liebknecht vertreten hat, ehe die Zuchthaussture sich hinter ihm schlossen, errungen oder richtiger erschachert haben. Und diese Beurteilung verdichtet sich zu einer schmählischen Beurteilung

der Macher dieser Wahlkomödie, die sich als die allein echten Vertreter „der alten sozialdemokratischen Gesamtpartei“ aufspielen. Die Anschauungen, die in den oben zitierten Worten ausgesprochen werden, waren einst Gemeingut der ganzen Sozialdemokratie, heute sind sie aber von denen, die sich nur noch politischen Kindern als die „alten“ Sozialdemokraten vorstellen können, in den Schmutz getreten worden.

Nein, eben weil sie nicht mehr die alten Sozialdemokraten sind, haben ihnen Reaktionäre und Liberale, haben ihnen sogar Gelbe ihre Stimmen auf dem Präsentierteller entgegengebracht. Und der glückliche Mandatsgewinner, Herr Stahl, konnte bei seiner Siegesfeier Gefinnungsfreunde des Herrn von Schorlemer und des Grafen York von Wartenburg, liberale Kapitalisten und — was ihm als Gewerkschaftsbeamten besonders wohl tun mußte — gelbe Unternehmergeschlingel an seine „sozialdemokratische“ Mannesbrust drücken. Wahrlich, ein schöner „sozialdemokratischer“ Kampf, bei dem angebliche Sozialdemokraten Schulter an Schulter mit ausgesprochenen Arbeiterfeinden gegen die Klassenbewußte und ehrlich sozialdemokratisch gebliebene Arbeiterschaft zu Felde ziehen und gegen sie und ihren Kandidaten, dem seine sozialistische Ueberzeugung trotz seines hohen Alters noch schutzhast eingetragen hat, mit Mitteln gearbeitet haben, die dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zu schäbig gewesen wären.

Und der mit solcher Bundesgenossenschaft und solchen Mitteln gewählte Herr Stahl will, wie es in einem aus dem Zusammenhang gerissenen und mit nationalpatriotischen Fäden zusammengeflochtenen Flugblatte der Regierungssozialisten heißt, „den schweren Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen zahlreiche Mißstände im Innern stärken“ und „die Erweiterung der Volkstrechte fördern“. Oder wollen die „sozialdemokratischen“ Macher der Wahl des Herrn Stahl den Arbeitern ernstlich einreden, daß durch diese Wahl der Friedenswillen des deutschen Volkes gestärkt worden ist?

Die beste Antwort auf diese Frage gibt die reaktionäre Presse des Wahlkreises, die sich für Stahl mit aller Macht ins Zeug gelegt hat. Dort heißt es:

„Ihm (Mehring) gegenüber hat die Sozialdemokratie, die unter Führung Scheidemanns die Kriegskredite bewilligt hat und fest entschlossen ist, den Krieg bis zu einem glücklichen Ende zu führen, Herrn Stahl aufgestellt. Die bürgerlichen Parteien wollen den Burgfrieden wahren, so daß es also heißt: hier Mehring, hier Stahl! Mehring muß fallen! Stahl, zwar ein Sozialdemokrat, aber einer der Majorität, die den Krieg durchzuführen entschlossen ist, muß den Wahlkreis im Reichstage vertreten. Dies kann aber nur erzwungen werden, wenn außer den engeren Parteifreunden des Herrn Stahl auch die bürgerlichen Wähler ihre Pflicht tun. Sie werden das um so leichter tun können, als es offenbar ist, daß die Wahl Mehriings von unseren Feinden als ein Zusammenbruch der inneren Geschlossenheit und als ein Nachlassen des deutschen Kriegswillens gedeutet werden würde. Die Wahl Stahls wäre ein neuer Beweis für die Siegesgewißheit des deutschen Volkes, für eine Entschlossenheit, die allen Parteien (soweit sie sich nicht nährisch geberden und darum sich selbst ausschalten) gemeinsam ist, sowohl den Konservativen als auch den Sozialdemokraten.“

Besser kann das unehrliche Gerede vom Friedenswillen unserer Regierungssozialisten nicht widerlegt werden, als das hier von den treuen Bundesgenossen des Herrn Stahl geschieht.

Ueber die zerrissenen Fäden der sozialdemokratischen Grundsätze hinweg mag Herr Stahl in den Reichstagsaal schreiten, sich neben seine Freunde Scheidemann, Ebert, David, Wels usw. setzen und

die Bewilligungsfraktion um seine wichtige Person vergrößern. Der Arbeiterschaft, soweit sie politisch denken gelernt hat und proletarisch fühlt, wird dieser Sieg als ein neuer Bankrott der Regierungssozialisten erscheinen. Und das um so mehr, als in diesem Wahllampfe die mit der ganzen bürgerlichen Welt verbrüdereten „alten“ Sozialdemokraten alle Vorteile auf ihrer Seite hatten, während die wirkliche alte Sozialdemokratie schwer unter den Hemmungen des Belagerungszustandes zu leiden hatte, die eine Versammlungstätigkeit fast unmöglich machten und die Aufklärungsarbeit durch Flugblätter usw. hinderten. Alle, die trotz der unendlichen Schwierigkeiten an der Wahlarbeit für die Wahl des Genossen Mehring teilgenommen haben, können das stolze Bewußtsein haben, für die gute, alte sozialdemokratische Sache gekämpft zu haben. Eine Niederlage gegen eine Uebermacht von offenen und verkappten Arbeiterfeinden erlitten zu haben, ist kein Verlust und keine Schande. Im Gegenteil, jeder Akt der Wahlhilfe und jede Wahlstimme für Mehring hat heute unter dem Druck und Zwang des Kriegszustandes doppelten Wert. Die gesamte Opposition, deren Kandidat Genosse Mehring war, braucht sich durch den konservativ-liberal-regierungssozialistischen Sieg nicht entmutigen zu lassen. Die kläglichen Begleiterscheinungen dieses Sieges werden ihr vielmehr erneuten Ansporn geben, die Grundsätze der alten Sozialdemokratie mit verstärkter Energie zur Geltung zu bringen und der Arbeiterbewegung auf allen Gebieten zur Gesundung zu verhelfen.

Daß unsere Regierungssozialisten ihre Potsdamer Wahlparade nicht als Trumpf gegen die Opposition ausspielen können, das ist ihnen schon von bürgerlicher Seite sehr deutlich gesagt worden. In der letzten „Welt am Montag“ nannte Herr von Gerlach die Wahl von Spandau-Osthavelland mit vollem Recht eine Wahl ohne Beweiskraft, die keinen Beweis für das Stärkeverhältnis der beiden sozialdemokratischen Richtungen abgibt, da die bürgerlichen Wähler, die reaktionären wie die Liberalen, für Herrn Stahl eingetreten sind. „Selbst wenn die große Mehrzahl der Spandau-Potsdamer Sozialdemokraten sich für Dr. Mehring entschiede, könnte Herr Stahl mit Hilfe der bürgerlichen Stimmen aller Parteischattierungen als Sieger den Kampfplatz verlassen“, meinte die „W. a. M.“ mit latter Ironie.

Nun, Herr Stahl hat den Kampfplatz als Sieger verlassen. Befestigt ist aber nicht unser Genosse Franz Mehring, ist nicht die Opposition, wohl aber hat die würdeloseste Schacherwahl, die die Geschichte der Sozialdemokratie aufzuweisen hat, ihre Krönung gefunden. Und wenn die Wahl von Spandau-Osthavelland keine Beweiskraft für die Stärke der beiden sozialdemokratischen Richtungen hat, so ist sie doch von vernichtender Beweiskraft für die allgemein- und parteipolitische Verkommenheit der Regierungssozialisten.

## Das Wahlergebnis.

Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen erhielt am 14. März

Stahl 16 631 Stimmen,

Mehring 4954 Stimmen.

Bei der Wahl im Jahre 1912 übten von 50 312 Wahlberechtigten 45 541 ihr Wahlrecht aus. Liebknecht erhielt im ersten Wahlgang 21 505 Stimmen. Die Reichspartei 12 038, der Fortschrittler 11 083. In der Stichwahl siegte Liebknecht mit 24 290 gegen 20 369 Stimmen. Wie stark diesmal die Wahlbeteiligung war, läßt sich nicht feststellen. Zwar erzählt der „Vorwärts“ seinen gläubigen Lesern, daß im Gegensatz zu 1912, wo sie 90 Prozent betragen habe, diesmal nur 40 bis 50 Prozent Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hätten, aber diese Rechnung stimmt nicht. Viele Tausende stehen in den Wählerlisten, die eingezogen sind und ihr Wahlrecht nicht ausüben können. Berücksichtigt man diesen Umstand, so steigt der Prozentfuß der diesmaligen Wahlbeteiligung sehr erheblich; er



liefert vielmehr den Beweis für die Tatsache, daß Stahl in der Hauptsache von den bürgerlichen Parteien gewählt worden ist. Ein Blick auf den Wahlkampf und den Wahltag bezeugt das. Von den Regierungssozialisten wurde, genau so, wie das Bismarck bei den Septemberwahlen im Jahre 1887 tat, mit dem Appell an den Patriotismus gearbeitet. „Wer dem Vaterlande die Mittel zur Landesverteidigung nicht bewilligt, schädigt das Vaterland und nützt den Feinden! Er verurteilt das deutsche Volk dazu, zu den ungeheuren Lasten der eigenen Kriegskosten das Joch der Fremdherrschaft und die Milliardenbeträge feindlicher Kriegsschädigungen auf den Nacken zu nehmen!“ So hieß es in ihren Flugblättern, genau so, wie früher die Konservativen gegen die Sozialdemokratie schrieben.

Daß solche Parole ganz im Sinne aller bürgerlichen Parteien liegt, bedarf keiner weiteren Feststellung, beweist nur, wie tief die Sozialpatrioten gesunken sind. Natürlich waren die politischen Gegner gern bereit, für solche „Sozialdemokraten“ einzutreten. Und wie sind sie eingetreten! Die Wahllaufrufe der einzelnen Parteien im Kreise forderten zur Wahl Stahls auf. Die Stahl-Flugblätter lagen in Amtsblättern bei, in denen noch besonders für Stahls Wahl aufgefördert wurde. So war es nur selbstverständlich, daß am Wahltag die bürgerlichen Wähler an manchen Orten reißlos für Stahl stimmten. Besonders stark ist das Beamtenheer zur Wahl gegangen. Eisenbahnbeamte, Postbeamte aller Schattierungen, Pfarrer und andere Staatsbeamte, alle erschienen bis auf den letzten Mann in den Wahllokale, um einen so empfohlenen Sozialdemokraten zu wählen und den ihnen verhassten Mehring zu Fall zu bringen. Allein in Spandau und Potsdam wurden zusammen ihrer 11 000 Stimmen für Stahl gezählt. Unsere Genossen hatten unter sehr schwierigen Verhältnissen die Wahl zu führen, die in dem Belagerungszustande ihre Begründung finden.

Wir neiden die Parteifreunde Stahls nicht um einen so erfochtenen Sieg. Im Gegenteil, wir freuen uns darüber, daß dieser Wahlkampf weitere Klärung gebracht hat, die uns in unserer Auffassung nur bestärkt, daß wir es sind, die fest und entschlossen für die alte Sozialdemokratie wirken müssen. Die anderen haben abgedankt. Und halten es mit den klaren Worten des für Mehrings Wahl verbreiteten Flugblattes:

„Nieber im Kampfe unterliegen, als das Mandat kampfflos als Almosen für Wohlverhalten von den politischen Gegnern anadina zugeworfen zu bekommen!“

### Abweisung der Klage der Redakteure des „Vorwärts“.

Die Klage der Redakteure des Vorwärts, Genossen Däumig, John, Leid, Stadthagen, Ströbel und Wiedopp ist am Sonnabend, den 10. d. M. vom Gericht erster Instanz, dem Landgericht Berlin I, abgewiesen worden.

Die Gründe dieses auffälligen Urteils sind im wesentlichen folgende.

Der Klage gegen die offene Handelsgesellschaft Paul Singer & Co. und deren Prokuristen Richard Fischer steht entgegen, daß ein Vertragsverhältnis zwischen diesen Parteien nach den Darlegungen der Kläger selbst nicht bestehe. Der Klage gegen die Mitglieder des Parteivorstandes stehe der § 17 des Organisationsstatuts entgegen, nach dem kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand gegen diesen oder seine Mitglieder klagbare Rechte erwerben. Eigentum in zivilrechtlichem Sinne hätten die Berliner Parteigenossen am „Vorwärts“ nicht. Dazu fehle es an einem, das Eigentum begründenden Rechtsakt. § 25 des Organisationsstatuts, der der Berliner Preßkommission und dem Parteivorstand die Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie die Verwaltung desselben, die Anstellung und Entlassung der Redakteure usw. übertrage, sei, wie Auer auf dem Parteitag in Mainz gesagt habe, ein Kompromiß. Wenn dort allerdings Auer von dem „Eigentum der Berliner“ gesprochen habe und von der Durchführung ihrer Rechte, so zeige der vorliegende Fall, daß diese Bestimmungen nur durchführbar sind, solange Parteivorstand und Redakteure einig sind.

Diese Gründe seien aber nicht die entscheidenden für das Urteil. Entscheidend sei der Gesichtspunkt, ob die Kläger noch zur sozialdemokratischen Partei gehören. Diese Frage sei aber nicht nach dem Organisationsstatut der Partei und aus „rechtlichen Gesichtspunkten“ zu entscheiden. Solche Fragen können nur historisch entschieden werden. Zum Vergleich stehe das Ausscheiden der nationalliberalen Partei aus der Fortschrittspartei und der Sezession aus der nationalliberalen Partei. Die Parteibeteiligung gipfeln in der Fraktion, das heißt in der Geltendmachung der Bestrebungen der Partei in der Volksvertretung. Wenn sich die Arbeitsgemeinschaft von der großen Fraktion getrennt habe, so bedeute das, daß sie eine neue Partei gegründet habe. Unerheblich sei, ob das gedruckte oder geschriebene Programm beider Parteien dasselbe sei. Es handele sich nicht um einen Ausschluß von der Partei oder um eine

Trennung von ihr, sondern um die Bildung einer neuen Partei. Wenn auch nur Stadthagen Mitglied der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft sei, so räume doch die übrigen Kläger „das Bekenntnis zu der neuen Partei von der sozialdemokratischen Partei ab“. Die Kläger könnten deshalb aus dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei, insbesondere arts § 25 des Organisationsstatuts Rechte nicht herleiten.

Es bleibt abzuwarten, ob die schriftliche Ausfertigung des in allen seinen Teilen auffallenden Urteils den verkündeten Urteilsgründen entspricht. Keiner von ihnen kann in einer höheren Instanz Stand halten. Im einzelnen mag bemerkt werden:

1. Wichtig ist, daß ein schriftlicher Vertrag zwischen der offenen Handelsgesellschaft und den Klägern nicht abgeschlossen und daß der Handelsgesellschaft niemals die Rechte eines Chefs gegenüber Angestellten eingeräumt sind. Es ist aber schlüssiger Beweis dafür angetreten, daß sie lediglich als Treuhänderin die gemeinsamen Beschlüsse der Preßkommission und des Parteivorstandes auszuführen sich verpflichtet hat, daß ihre ganze Errichtung nur diesem Zweck dient, daß nicht sie, sondern die Berliner Parteigenossen Eigentümer der Gesellschaft sind. Vermitt der Richter einen, das Eigentum der Berliner Parteigenossen begründenden Rechtsakt, so übersieht er, daß erst recht die formellen Scheineigentümer der Gesellschaft niemals das Eigentum an dem Gesellschaftsvermögen, zu dem sie nicht einen Pfennig beigetragen haben, erworben haben, und daß sie sich verpflichtet haben, dem Willen der Berliner Parteigenossen entsprechend, das Geschäft zu verwalten und sich jedes eigenen Verfügungsrechts begeben haben.

2. Hätte der § 17 des Organisationsstatuts die Bedeutung, daß die Parteivorstandsmitglieder zivilrechtlich immun sind, so wäre eine solche Vorschrift ungültig, weil sie gegen die guten Sitten und das Fundament der Rechtsordnung verstieße, daß ein Vertrag beide Teile verpflichtete. Es ist Beweis dafür angetreten, daß diese Vorschrift in Verbindung mit den §§ 18 und 27 im Jahre 1900 lediglich zu dem Zweck in das Statut gebracht ist, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Schriftstücke, Protokolle, Briefe usw. durch Uebersendung, Zessionen u. dgl. zur Kenntnis von Behörden oder sonstigen unbefugten Dritten gelangen, und Anlaß zur Einleitung von Strafprozessen oder Vorgehen gegen Organisationen der Partei oder sie selbst bieten.

3. Völlig unverständlich und mit den im Prozeß vorgebrachten geschichtlichen Vorgängen unvereinbar ist die Ansicht, daß der § 25 des Statuts nur solange durchführbar sei, als Parteivorstand und Redakteure einig sind.

4. Der entscheidende Grund des Urteils, die Kläger gehörten nicht zur sozialdemokratischen Partei, sondern zu einer Partei Arbeitsgemeinschaft, beruht, wie das Urteil selbst sagt, nicht auf „rechtlichen Gesichtspunkten“. Und doch sollen doch wohl für ein Urteil allein rechtliche Gesichtspunkte entscheidend sein. Getragen wird dieser psychologisch nur aus dem Schwingen der patriotischen Pause seitens der Beklagten verständliche Teil der Urteilsgründe lediglich durch tatsächliche, historische und logische Argumente. Die Frage, ob die Kläger zur sozialdemokratischen Partei gehören, war von einem Richter aufgeworfen. Verhandelt wurde dann nur über die Frage, ob nach dem Organisationsstatut Kläger aus der Partei ausgetreten oder ausgeschlossen seien. Mit keinem Wort wurde die Gründung der Fraktion Arbeitsgemeinschaft besprochen. Sie ist bekanntlich erfolgt, weil die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion im Widerspruch mit dem Statut und ihrem Recht sich angemaßt hatte, Mitgliedern der Fraktion die Ausübung ihrer Pflichten als Abgeordnete unmöglich zu machen. Durch die Bildung der Fraktion Arbeitsgemeinschaft ist keine neue Partei gebildet, sondern in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Parteitage und mit dem Programm einer Reihe Abgeordneter ermöglicht, sich parlamentarisch zu betätigen, denen die Fraktion die Ausübung dieser Pflicht unmöglich machte. Die Bezugnahme auf die Entstehung der nationalliberalen und sezessionistischen Partei ist völlig verfehlt, es ist auch nicht der Versuch unternommen, darzulegen, wie denn diese Parteien entstanden sind. Durchaus willkürlich und mit den Anschauungen der Sozialdemokratie unvereinbar ist die Annahme, die Parteibeteiligung gipfeln in der Fraktion: sie gipfeln in den Beschlüssen der Parteitage, die im Gegensatz zu bürgerlichen Parteien über der Fraktion stehen. Die Konstruktion, daß die Kläger (abgesehen von Stadthagen) zur Arbeitsgemeinschaft gehören, ist auffällig unlogisch. Die Kläger haben mit Recht bestritten, daß die Arbeitsgemeinschaft eine Partei sei, und daß sie zu ihr gehören. Wie konstruiert der Richter ihre Zugehörigkeit zu der — nicht existierenden — Partei der Arbeitsgemeinschaft? Sie „bekennen sich“, sagt er, zu der „neuen Partei“. Und wodurch? Weil sie das

Programm und das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei verkennen! Hierin liegt das Bekenntnis des Gerichts, daß seiner Ansicht nach die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion das Programm und das Organisationsstatut der Partei nicht hochhalten. Das ist in der Tat die nicht zu bestreitende Auffassung bürgerlicher Kreise. Sie geht da, daß die Politik der Mehrheit der Fraktion mit dem Parteiprogramm und Statut unvereinbar sei — die Anschauung, der wir in Strafprozessen gegen Mitglieder der Opposition begegnet sind, wo den Angeklagten vom Staatsanwalt der Vorwurf gemacht ist, sie hätten im Gegensatz zu der Fraktion keine neuen Beschlüsse eingeschlagen, sondern beharren auf den alten sozialdemokratischen Anschauungen. Diese Ansicht durchzieht das Urteil: vom politischen Standpunkt aus ist sie wertvoll, zur Entscheidung von Rechtsagen ist sie unbrauchbar.

5. Gibt es endlich noch, daß das Urteil mit keinem Wo auf den Klagegrund eingeht, daß die Beklagten deshalb verantwortlich sind, weil sie in einer zum Besten an das Strafbare streifenden, arglistigen, die ten Sitten verletzenden Weise die Rechte der Kläger täglich verletzt haben.

Die Kläger werden wohl das Kammergericht als Berufungsinstanz anrufen. Daß die Klage ohne Erschöpfung aller Instanzen nicht erledigt werden würde, war von vornherein anzunehmen. Die logisch und juristisch unhaltbare Art der Begründung des Urteils war freilich nicht wartet. Die Kläger sind aus politischen Gesichtspunkten in der ersten Instanz unterlegen. Werden für die höheren Instanzen die „rechtlichen Gesichtspunkte“ maßgebend sein?

### Ein Fortschritt der Kieler Opposition.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Die auf dem Boden der Opposition ehenden Kieler Genossen hatten am Sonntag nachmittags eine Versammlung einberufen, um die Gründung eines eigenen Vereins vorzunehmen. Um nicht gestört zu werden, hatte man Karien ausgegeben, die allein zum Eintritt berechtigten. Im großen Saal des Kolosseum waren rund 1000 Genosseninnen und Genossen erschienen. Der Einberufer der Versammlung gab eifrig den Zweck derselben bekannt, es sei nach dem klaren Wunsch der Kreisvorstände notwendig geworden, daß sich die Genossen der Opposition zusammenschließen. Er gab dann einen kurzen Ueberblick über die bekannten Ereignisse, die dem Parteivorstand zum Maß zu seinem Gewaltreiche dienen mußten und über diese selbst. Daran schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, in der auch der Genosse Henke aus Bremen in längerer Rede die gegenwärtige Situation in der Partei kennzeichnete. Es wurde zunächst folgender Antrag angenommen:

„Der Aufruf des Parteivorstandes, sowie die Erklärung der Bezirks- und Kreisvorstände von Schleswig-Holstein bedeutet die Spaltung der Partei. Man nimmt damit den mit der Politik des Vorstandes und der Fraktion nicht einverstanden Genossen die Möglichkeit, in Rahmen der Partei für ihre Anschauungen zu wirken. Ganze Wahlkreisorganisationen werden von der Parteimehrheit, entgegen allem Parteirecht, außerhalb der Partei gestellt, und somit gezwungen, sich zu einem neuen organisatorischen Gebilde zusammenzuschließen.“

Die Versammelten erklärten sich mit den Gemahregelten solidarisch, und beschließen, einen neuen sozialdemokratischen Verein zu gründen, beruhend auf der alten, im Programm der Partei und den Beschlüssen der Parteitage festgelegten Grundlage.

Es ist sofort ein Vorstand zu wählen, der bis zur Durchberatung und Festlegung der Statuten des Vereins die Geschäfte desselben nach den Statuten des sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiel zu erledigen hat.

Die Vertretung seiner Interessen im Parlament überträgt der Verein der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Danach erfolgte die Wahl des Vorstandes, bestehend aus 4 Personen, darunter eine Genossin; ferner die Wahl einer Statutenberatungskommission.

Abschluß nahm man Stellung zur Pressefrage. Es sei notwendig, die auf dem Boden der Opposition stehende Parteipresse zu unterstützen. Folgende Resolution gelangte schließlich zur Annahme:

„Die am 4. März im Kolosseum versammelten Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiel erklären: Nachdem durch das Vorgehen des Parteivorstandes, sowie der Bezirks- und Kreisvorstände von Schleswig-Holstein, Organisationen und einzelne auf dem Boden der Opposition stehende Parteimitglieder als aus der Partei ausgeschlossen erklärt sind, ist es Pflicht jedes Klassenbewußten, zur Opposition sich zahlenden Parteigenossen, Solidarität mit den Ausgeschlossenen zu üben. Die Versammelten begrüßen deshalb die Gründung eines sozialdemokratischen Vereins aller Richtung, und verpflichten sich, demselben nicht nur als Mitglied beizutreten, sondern mit ganzer Kraft für die Anschauungen der Opposition zu wirken und neue Anhänger des Vereins zu werben.“

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Opposition mit allen Mitteln zu bekämpfen und in deren Spalten seit Jahren nur die Anschauungen des Sozialimperialismus, nicht aber die des Sozialismus zum Ausdruck kommen, können die Versammelten nicht mehr als ihr Organ betrachten. Sie empfehlen, die Leipziger Volkszeitung, den Braunschweiger Volksfreund oder das Mitteilungsblatt der Berliner Genossen zu abonnieren und stets neue Abonnenten dieser Zeitungen zu ge-



winnen, bis die Profestfrage in anderer zufriedenstellender Weise geregelt ist.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die inoffizielle verlaufene Versammlung geschlossen. Sie darf als ein bedeutender Fortschritt der Opposition in Kiel bezeichnet werden.

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung bringt an veränderter Stelle einen Bericht in der ihr eigenen „Objektivität“. Ueber das, was gesprochen und beschlossen, enthält er nichts, dafür aber zählt er gewissenhaft alle Genossen auf, deren Namen nur irgendwie erwähnt wurden. Zu welchem Zweck, wird jedem klar, wenn er hört, daß fast alle Genossen, die in Versammlungen für was austraten, heute zum Heeresdienst eingezogen sind.

Die Geschäftsstelle unseres Vereins befindet sich beim Genossen Gersch, Jungmannstr. 55, Laden. Anmeldungen können dort jederzeit erfolgen. Der Vorstand.

Die Genossen von Friedrichsort-Holtenau erklärten nochmals in einer eigens für diesen Zweck am 3. März einberufenen Versammlung, auf dem Boden der Opposition zu stehen. 239 Genossen stimmten einer dabinlautenden, schriftlich vorliegenden Resolution zu, nur 18 stimmten dagegen.

### Aus der Bewegung.

Die Organisationen für die Verführung der Berliner Parteioffiziere verstanden in Flugblättern und Aufrufen im Vorhinein, „Vorwärts“, daß sie „neu aufbauen“ wollen. Dieser „Aufbau“ soll geschehen durch Verstrümmung unserer alten Parteioffiziere, die manche der jetzigen Verführer mit haben schaffen helfen. Sie verteidigen sich in ihren Auforderungen zu der Verführung, sogar Toleranz zu üben. Die Meinungsfreiheit solle verbürgt sein, man will auch kein Bekenntnis zu einer bestimmten „Richtung“ innerhalb der Partei verlangen. Als ob es sich bei ihrer „Arbeit“ um etwas anderes handelte, als um dem Parteivorstand eine ihm genehme Schutztruppe zu sammeln. Ein Blick auf die Vorstände der neuen Organisation beweist, wie sich Gewerkschafts- und Parteiangestellte um die Posten des 4. August bemühen, so daß es keine Ueberreibung ist, wenn behauptet wird, es handelt sich bei der ganzen Treiberei vorzugsweise um eine Organisation von Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, die aus bestimmten Interessen heraus glauben, neu organisieren zu müssen. So ist auch nur zu verstehen die Art, wie sie in ihren „Groß-Berliner Mitteilungen“ die ihnen unbequemen Parteigenossen fortgesetzt zu befehlen wagen.

In der Februarnummer beschuldigten sie, wie wir bereits feststellten, den Kassierer des Verbandes eines Gaunertricks; es wurde die unerhörte Verleumdung solportiert, der Kassierer habe versucht, von der Discontoabank Gelder abzuheben, die ihm nicht gehörten. Wir haben den Tatbestand bereits festgestellt. Dann war der Genosse Justin Braun, der Vorsitzende des 3. Kreises, Gegenstand eines niedrigen Angriffs. Von ihm wurde unter der nötigen Aufmachung behauptet, er habe in dem Vorstand der Innungsfrontrienklasse der Tischler für den Ankauf von Kriegsanleihen gestimmt und zwar hätte er das nicht nur einmal, sondern auch zum 2. und 3. Mal über sein revolutionäres Gewissen gebracht. Genosse Braun hat den „Mitteilungen“ eine Zuschrift gesandt, in denen er darlegt, daß er im Jahre 1915 sich bei Beratung der Anleihezeichnung der Stimme enthalten habe. Als im Jahre 1916 wiederum Anleihe gezeichnet werden sollte, habe er sich dagegen gewendet und beantragt, die Gelder anderweitig sicher anzulegen. So sei auch beschlossen worden. Die Erklärung Brauns wird natürlich verschwiegen.

Die Märznummer ist von demselben Kaliber. Erst bekommt Kanitz etwas auf die Reihe. Dann kommen die anderen. Der Meinsall im 11. Berliner Landtagswahlkreis hat es ihnen angetan. Sie trösten sich mit den Worten: „Da die Anhänger der sozialdemokratischen Partei ohne Vorbereitung und ohne Organisation in die Wahlkämpfe eintreten müßten, legt die Beteiligung ein glänzendes Zeugnis für ihren Kampfesmut und für ihre Ueberzeugungsstärke ab. Daß ihnen ein durchschlagender Erfolg beschieden werden könnte, hielten sie ebenfalls für ausgeschlossen.“ Wie bescheiden!

Dann aber heißt es: „Kennzeichnend war die Kampfesart der „Grundfähigen“. Unser Kandidat Genosse Brunner wurde als Streikbrecher bezeichnet, er, der sein ganzes Leben lang für die Arbeiterinteressen gekämpft hat. Wegen dieses Anwurfes zur Rede gestellt, schämte sich der Vorsitzende des 6. Kreises, wie immer, um eine gerade Antwort hernun. Dann wurden wir als Regierungssozialisten hingestellt, also als Leute, die im Dienste der Regierung stehen. Das mag ein Mann zu schreiben, der jahrelang Soldat der französischen Regierung war, der für schändes Geld mitgeholfen hat, die Eingebornen Nordafrikas blutig zu unterdrücken, ehe er seine „Grundfähige“ entdeckte. Und das sagt auch vor allem ein Ledebour, der erst über 40 Jahre alt werden mußte, ehe er den Weg zur Partei suchte, und dann auch erst, als er bei den Bürgerlichen keine Erlaubnis mehr fand. Diesen Leuten antworten wir kurz: Wir die n e n keiner Regierung.

Wenn wir in diesem fürchterlichen Kampfe unsere Regierung unterstützen, so geschieht dies im Interesse des deutschen Volkes, nicht am wenigsten in dem der deutschen Arbeiterschaft. Also auf zum Kampf für die deutsche Arbeiterschaft.“

Eine andere Notiz beschäftigt sich mit dem Protest der Frauenkonferenz in Groß-Berlin am 25. Februar. Von ihr wird gesagt, daß die früheren Kostgängerinnen des „Frauenbüros“ eifrig bemüht seien, für die gemäßigtere Genossin Biez eine gehörige Portion moralische Entrüstung aufzutreiben. Die bisherigen „Wanderrednerinnen des Frauenbüros“ hätten der Genossin Biez recht ausdringlich ihre Sympathie bekundet.

Diese kleine Blütenlese dürfte zur Charakterisierung der Parteivorstandstruppe genügen. Endlich gehen wir darauf nicht ein. Es ist das Halber der „Wahrheit“, die in ähnlicher Weise „Ausflügelung“ verbreitete. Leute, die so schreiben, fühlen sich nur wohl in der Gasse. Je tiefer sie im Schlamm waren können und Andersdenkende in den Schmutz ziehen, desto wohler ist ihnen. Genosse Mehring hatte schon recht, als er in seinem in der letzten Nummer des Mitteilungsblattes abgedruckten Aufruf schreibt:

„Parteigenossen! In der Erbärmlichkeit der Waffen, mit denen sie kämpfen, könnt ihr die Erbärmlichkeit der Ziele erkennen, die sie verfolgen.“

Zur Beschlusfassung der Bezirkskonferenz Groß-Berlins über die Beschlüsse des Parteiaussschusses und des Parteivorstandes erluden uns die Delegierten des Wahlkreises Neuhagen, auf der Konferenz, daß sie Wert legen auf die Feststellung, daß die Resolution, die im Sinne des Parteivorstandes gehalten war und sein Verhalten gegen die Opposition billigte, nicht von Delegierten, sondern von den Abgeordneten des Kreises Max Cohen und Käppler-Altendurg eingebracht worden ist.

Wie die Mehrheit in Stettin regte. Aus Stettin wird uns geschrieben: Wie in anderen Orten, so wurde auch in Stettin der Kampf mit der Mehrheit von der Opposition hartnäckig durchgeföhrt. Mehr als zwei Kriegsjahre waren ins Land gegangen, bevor die Opposition hervortrat. Der Vertreter des Wahlkreises, Genosse Bogtberg hatte zwar früher in einigen Versammlungen seinen Standpunkt dargelegt. Aber in einer Versammlung am 4. März 1915 wurde beschlossen, die Parteidifferenzen erst nach dem Kriege auszutragen. Bis Anfang September 1916 mußte infolge dessen der ganze Parteifreie in Stettin. Dann aber kam ein verschärftes Verbot, Vereins- und Versammlungsrecht betreffend. Und nun erhob die Mehrheit ihr Haupt, um zur Reichskonferenz im September 1916 Stellung zu nehmen. Sie hatte in einer Sonderzusammenkunft die Taktik für die Versammlung, die sich mit der Reichskonferenz beschäftigen sollte, festgelegt und den Kandidaten aufgestellt. Durch diese Ueberrumpelungsaktion gelang es der Mehrheit auf ihren Kandidaten etwa 60 gegen 30 Stimmen zu vereinigen.

Dieser Vorgang war aber nun auch das Signal für die oppositionellen Mitglieder, sich zu rühren. Die Verichterstattung von der Reichskonferenz erfolgte am 9. November, hier hielten sich beide Teile die Waage, 40 bis 45 Stimmen für jede Richtung. Der Gegenstand konnte aber in dieser Versammlung nicht erledigt werden. Die Fortsetzung folgte am 13. Nov. Bei der schriftlichen Wahl des Vorstandes zeigte sich, daß die Opposition mit 18 Stimmen, 76 gegen 58 im Vorhinein war. Eine Resolution gegen die Beschlüsse der Reichskonferenz wurde in diesem Stimmverhältnis ebenfalls angenommen.

Im Dezember 1916 beschäftigte sich eine Versammlung mit dem Hilfsdienstgesetz. Nach einer ausgiebigen Diskussion, in der 4 Redner der Mehrheit und nur ein Redner der Opposition, außer dem Referenten, dem Genossen Bogtberg, sprachen, wurde eine Resolution gegen das Hilfsdienstgesetz angenommen.

Au dem Beschluß des Parteiaussschusses und des Parteivorstandes nahm der Vorstand des Wahlkreises erst nach einem Aufruf des Bezirksvorstandes für Pomern Stellung. In einer Vorstandssitzung am 25. Februar 1917 wurde nach längerer gründlicher Diskussion die Resolution mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen, die sich auf den Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft stellte, die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion verurteilt und sich mit den widerrechtlich aus der Partei hinausgeworfenen Mitglieder und Organisationen solidarisch erklärte. Diese Resolution sollte auch der Versammlung am 4. März, die sich in dieser Frage beschäftigte, unterbreitet werden.

Nun ging aber die Heße in dem Mehrheitsblatt, dem „Volkswort“, der von dem Sozialpatrioten und Annerzionisten Herbert in Folge des Krieges Högert Witz, gegen die Opposition los. Jeder Tag brachte Enthaltungen und Verdrehungen gegen die Opposition. Am Versammlungsbesuch wurde aufgefordert, um die Partei in Stettin vor dem Untergang zu bewahren.

Tatsächlich gelang es der Mehrheit auch, infolge dieser Propaganda und anderer Anstöße, eine Mehrheit in dieser Versammlung zustande zu bringen. Eine Resolution der Mehrheit wurde mit 140 gegen 10 Stimmen angenommen. Was es für eine Mehrheit war, das ist eine andere Frage. Aber das spielt ja bei diesen Leuten keine Rolle. Wie die denken, die die Parteilosigkeit schon früher und während des Krieges ausübten, das hat die Funktionärshaltung auch Tage vorher bewiesen. Die Leute, die in der Versammlung mit einigen Ausnahmen die Mehrheit bildeten, haben in den letzten Jahren, nachdem sie in eine gehobene Lebensstellung gelangt waren, noch kein Flugblatt zur Verbreitung angefaßt, auch keinen Groschen Beitrag leistet. Diese Arbeit überlassen sie den anderen.

Die Beamtenbureaukratie ist eine feste Stütze des Staates, auch in der Partei ist das jetzt der Fall. Konsumvereine, Gewerkschaften, Krankenkassenangehörige und deren Frauen bildeten mit geringer Ausnahme die Mehrheitsanhänger. Sie traten alle an. Wie hat man diese Leute in einer Versammlung gesehen. Zu keiner Zeit haben sie gezeigt, daß sie auch nur das geringste Verständnis für parteipolitische Fragen besitzen. Aber jetzt, wo es sich um die wichtigste Parteitag handelt, jetzt konnten diese Leute alle entscheiden. Sie haben sich nicht einmal gekümmert, hinzugeben, und sich als Stimmvieh benutzen zu lassen. Dazu kam, daß man jede Diskussion unmöglich machte, um wenigstens die irreführenden Mitglieder aufzuklären zu können.

So hat die Mehrheit in Stettin einen „Sieg“ erfochten, auf den sie wahrlich nicht stolz sein kann. Denn nach dem Kriege, wenn auch die Opposition mehr zu Worte kommt, wird es sich erst zeigen, ob das Klassenbewußte Proletariat, oder die Arbeiterbureaukratie

die Trägerin der Organisationen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse sein wird.

Die Generalversammlung des Soz. Vereins für den Wahlkreis Adnassberg (Land)-Rüchhausen nahm am 4. März cr. mit 22 gegen 3 Stimmen zum Parteifreie folgende Resolution an:

„Die Generalversammlung macht die Resolution, die von Königsberg-Stadt am 18. Febr. d. J. im Kruschof angenommen wurde, zu der übrigen.

Sie bedauert die nunmehr sich überall vollziehende Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Die ganze Schwere der Verantwortung fällt aber auf den Parteivorstand, der in trauem Gedenken zu den Bestimmungen des Parteistatuts dem Parteitag vorgereist und gemeinsam mit dem Parteiaussschuß seine Maßnahmen und den Belagerungsstand dazu benutzt, sich der unangenehmen Opposition zu entziehen.

Die Generalversammlung billigt die Politik des Genossen Haase und der Arbeitsgemeinschaft. Sie verurteilt den ungehörlichen Raub der „Königsberger Volkszeitung“ durch den Parteivorstand.“

Eine Resolution im Sinne des Parteivorstandes erhielt nur 3 Stimmen. Der neuen „Königsberger Volkszeitung“ ist diese Abstimmung anscheinend sehr auf die Nerven gefallen. Die Rollen sollen in der Versammlung gut verteilt gewesen sein und „anscheinend“ hätten vorher besondere Besprechungen stattgefunden. Es ist jedoch weber das eine noch das andere geschehen. In Königsberg-Stadt hatten allerdings die Anhänger des Parteivorstandes vor der Generalversammlung ausschließlich für ihre Anhänger eine Vorversammlung veranstaltet und sich sogar ein Mitglied des Parteivorstandes als Referenten kommen lassen.

Magdeburg. Nachdem hier die auf dem Boden der Opposition stehenden Parteigenossen durch Beschluß der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins als außerhalb der Partei stehend erklärt worden waren, teilte der Vorstand des Vereins den tätigen Anhängern der Opposition durch ein Schreiben mit, daß sie aus der Mitgliederliste der sozialdemokratischen Parteioffiziere in Magdeburg gestrichen worden sind. Als diese Tatsachen in den Fabrikbetrieben bekannt wurden, brach ein Sturm der Entrüstung los. Viele, darunter ältere Mitglieder, erklärten sofort ihren Austritt aus dem Verein. Eine Zusammenkunft der Anhänger der Opposition erklärte sich einmütig mit den ausgeschlossenen solidarisch. Am Tage der Zusammenkunft unterschrieben 95 Genossen ihre Austrittserklärung aus dem sozialdemokratischen „Verein“ und traten dem neu gegründeten sozialdemokratischen „Verband“ als Mitglieder bei. In der nächsten Zeit findet eine Versammlung des neu gegründeten „Verbands“ statt, in welcher ein Vortrag gehalten werden wird.

Der Vorstand des alten Vereins, der erst so eifrig dabei war, Anhänger der Opposition aus dem Verein zu entfernen, sieht wohl nun doch ein, daß seine Einschüchterungsmethode den entgegen gesetzten Erfolg haben wird. In einem Aufruf beschwört er die hiesigen Parteigenossen, sich von der Opposition nicht verführen zu lassen.

„England und die Sozialdemokratie“ betitelt sich ein Buch, das kürzlich erschienen und von einem sich ultraradikal gebenden Sozialdemokraten Karl Erdmann herausgegeben worden ist. Der Abgeordnete August Erdmann hat bereits Verwahrung eingelegt, mit dem Verfasser identifiziert zu werden. In dem Buche spielt sich der Verfasser als sehr revolutionär auf, um sich zum Schluß als ein gewöhnlicher Alldeutscher zu entpuppen, der für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg Stimmung und eine wilde Englandbege macht. Bei dem hohen Preise von 4 Mark dürfte das Buch in Arbeiterkreisen kaum Eingang finden. Bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß Julian Borchardt ein Vorwort zu dem Buche geschrieben hat, in welchem er zwar eine Reihe von Einwendungen macht, immerhin aber doch in empfehlendem Sinne gewirkt wird. Im Zentralvorstand von Groß-Berlin am 2. März wurde die Mitteilung gemacht, daß bei den verschiedensten bekannten Parteigenossen angeklopft worden ist, um sie zu veranlassen, das Vorwort zu schreiben; bei Bernheim, Dittmann u. a., mit dem Bemerkten, daß die Höhe des Honorars für das Vorwort keine Rolle spiele. Die genannten Genossen haben das an sie gerichtete Ansinnen entschieden abgelehnt.

In der „Leipziger Volkszeitung“ ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Borchardt nie zur Gruppe „Internationale“ (der sogenannten Spartakusgruppe) gehört habe. Borchardt rechne sich zu den „Internationalen Sozialisten Deutschlands“, (I. S. D.) die eine besondere Richtung neben der Gruppe Internationale vertrete.

### Aus der Zeit.

Im Berliner Tageblatt vom Mittwoch, den 7. März wird in einer Korrespondenz aus Wien von aufsehenerregenden Manipulationen berichtet, die anfänglich von Vorkriegszeiten von der Heeresverwaltung aufgedeckt worden sind. Beschuldigt werden der Leiter der dortigen Depostendbank, Kommerzienrat Dr. Josef Kraus und der Präsident der Handelskammer, Dr. Josef Freund, gegen die strafrechtlich eingeschritten werden soll. Dann wird allgemein auf die Kriegsgewinne hingewiesen und ausgeführt, daß auf Wunsch des jungen Kaisers gegen die unehrlichen Manipulationen vorgegangen werde, weil diese Erscheinungen um so gefährlicher seien, als sie in schärfster Weise aufreizend wirkten. Wörtlich heißt es in der Korrespondenz:

„Hier kann der reichgewordene Kriegsmillionär schweigen, wie man in den schönsten Zeiten vor dem Kriege geschweigt hat. Für den Reichen ist alles vorhanden, er kann in Risch haben und sich zur Verschönerung seines Teints Kalkbadelets auf die Wangen legen. In der dünnen Oberhaut der alten und der neuen Millionäre herrscht ein Luxusbedürfnis, wie man es kaum vor dem Kriege kannte. Die Wiener haben mit ihrer Not und ihren Kriegerstranen fast um 1/9 Uhr abends in tiefstem Dunkel. Oben auf dem Semmering aber strahlen die Hotelpaläste in festlicher



Am Dienstag, den 20. März, veranstalten die Wahlvereine des 3., 4. und 6. Kreises, sowie Neukölln Mitglieder-Versammlungen. Nur Mitglieder haben Zutritt. Die Genossen werden ersucht, rege Propaganda für guten Besuch zu machen. In den Versammlungen wird das Resultat der Landtagswahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk bekannt gegeben werden.

rendem Licht, es wird jubiliert und getanzt, gestirrt und gejagt bis in den grauen Morgen. Und wenn ein böhmischer Graf ein stotteres Musketierquartett zur Erheiterung seiner Gäste mit aus's Land nehmen will, so findet er dafür in den spärlichen Jagen trotz aller Verkehrsbeschränkungen immer noch einen Platz.

Es ist kluge Voraussicht, wenn die Regierung jetzt diesen Erscheinungen mit Energie entgegentritt, den Lebensmittelwucher mit Energie bekämpft, dem Luxusbedürfnis die Flügel beschneidet. Vielen freilich will es noch nicht recht in den Kopf, daß ein Mann wie der Gouverneur Sieghart über Nacht entlassen, ein Bankpräsident als Beschuldigter vernommen wird. Sollten „Beziehungen“ in Oesterreich wirklich nichts mehr nützen.

### Arbeiterbildungsschule.

Sonntag, den 18. März, abends 8 Uhr findet der erste der musikalischen Vorträge in der vier Abende umfassenden Vortragsreihe „Ludwig von Beethoven“ statt. Genosse Leo Steffenberg wird an diesem Abend im besonderen behandeln: Wechselwirkung von Kunst und Leben. Zusammenhang von Kunst- und Menschheitsgeschichte. Die Gesellschaft und ihre Kunstpflege im 18. Jahrhundert. Die erwachende Bedeutung der Musik im öffentlichen Leben. Bach und seine Zeitgenossen. Vorläufer Beethovens.

Die Vorträge erfolgen mit Erläuterungen am Klavier.

Eintrittspreis 20 Pfennig.

Mittwoch, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr: Zehnter und letzter Vortrag im Kursus: „Vom Kapitalismus zum Sozialismus.“ Genosse Ernst Däumig wird behandeln: Aussichten im Kampfe: Der alte und der neue Staat. — Die Expropriation (Enteignung). — Der „Zukunftstaat“.

Sonnabend, den 24. März, abends 8 Uhr: Zehnter und letzter Vortrag im Kursus: „Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte.“ Genosse Eduard Bernstein wird im besonderen behandeln: Die soziale und politische Gleichheitsbewegung der Neuzeit. Rückblick auf Owen, Fourier und St. Simon. Massenbewegung und politischer Kampf im Jahrhundert des Kapitalismus in England. Die Schüler Owens. Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Bronterre O'Brien. Die Schule Fouriers und die St. Simonisten in Frankreich. Die konspirativen Sozialisten und Babouvisten. Blanquisten. P. J. Proudhon, der geistreichste Vertreter des kleinbürgerlichen Sozialismus. Proudhons Testament. Seine Theorie der Gegenseitigkeit und seine Widersprüche. Karl Marx und Friedrich Engels, ihre theoretische und praktische Leistung. Das kommunistische Manifest: die revolutionäre Theorie des Entwicklungsgebantens. Die revolutionäre Theorie der sozialen Praxis. Das „Kapital“ und seine Bedeutung. Ferdinand Lasalle, der Rechtssozialist. Seine Stellung zwischen Marx und Proudhon. Sein System der erworbenen Rechte. Seine Agitation und das Wert seiner Agitationschriften. Sein praktisches Mittel und seine soziale Tat. Blick auf die Fortentwicklung des sozialistischen Gedankens. Die sozialistische Praxis als Umwerter der sozialistischen Ideale. Die Notwendigkeit des Ideals.

### Aus den Organisationen.

Schöneberg. Dienstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Jürgen, Barbarossastr. 5a. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion aus der letzten Versammlung. 2. Die Lebensmittelinterpellation im Stadtparlament. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Verschiedenes. Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. A. Kahler.

Tempelhof. Am Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr, findet bei Reimer, Ordensmeisterstr. 57, eine Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Kris Zubeil über Innere Parteifragen.

Parteilosen und Genossinnen, erscheint vollständig in dieser Versammlung. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulweg. Der Frauen-Veserabend für den Distrikt Baumschulweg findet umfänglich schon am Montag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Krause, Klefholz- und Marienbaderstr. 10, statt.

Die Genossin Böhm-Schöneberg referiert über Krieg und Geschlechtskrankheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Lichtenberg. Mittwoch, den 21. März, abends 7 Uhr, Beschäftigung der sozialen Einrichtungen der Allgem. Ortskrankenkasse zu Lichtenberg. (Mittagessen, Badeanstalt, Kneipbad, Zahnklinik). Da die Einrichtungen den neuzeitlichen Anforderungen entsprechen, so dürfte eine Beschäftigung einem schon lange gehegten Wunsche unserer Mitglieder entsprechen und erwarten wir eine sehr zahlreiche Beteiligung. Treffpunkt abends 7 Uhr Magdalenenstr. Nr. 40/41 (16), Aufgang bei der Badeanstalt und Zahnklinik. — Der Vorstand.

### Vereins-Veranstaltungen.

Jugendweibe. Die Billeis für die siebente Jugendweibe der Berliner Arbeiterchaft am Sonntag, den 25. März cr., in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenickerstr. 90/97, werden von Mittwoch, den 14. März, an bei folgenden Adressen zum Preise von 50 Pf. abgegeben: Jugendsekretariat Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, dritter Hof links, drei Treppen (Geschäftszeit Montags, Mittwochs und Freitags von 6 bis 9 Uhr abends); Mich. Herbst (Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung), Lindenstraße 3, dritter Hof links, drei Treppen; Arbeiterjugendheim I, Berlin N., Brunnenstraße 70 (geöffnet wochentags von 6 bis 10 Uhr abends, Sonntags von 4 bis 10 Uhr); Arbeiterjugendheim II, Berlin O., Königsberger Straße 7 (geöffnet wochentags von 6 bis 10 Uhr abends, Sonntags von 4 bis 10 Uhr); Billi Kirchmeyer, Berlin SW., Alte Jakobstraße 125. Es wird darauf hingewiesen, daß die Karten vorher zu besorgen sind, da ohne diese der Eintritt nicht gestattet ist.

Der vierte und letzte Einführungsabend in die Kammermusik findet am Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr in der Aula des Klosterammasiums, Klosterstraße 74, statt. Der Eintritt beträgt 30 Pf. Die Arbeiterjugend, als auch die erwachsene Arbeiterschaft werden ersucht, für einen recht guten Besuch Sorge zu tragen.

### Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Lehrkurse haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung, Montag, den 19. März 1917, Köpenickerstraße Nr. 62, Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. — Für Teilnehmer und Mitallender, welche gewillt sind, sich der Prüfung am 21. d. M. zu unterziehen, ist der letzte Anmeldetermin am 19. März beim Vorsitzenden, Gustav Dietrich, Berlin NW. 23, Klopstockstraße Nr. 25.

Neukölln. Am Sonntag, den 18. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Karlsgarten eine Märzfeier, bestehend in Vortrag, Rezitation und Gesangsaufführungen, statt. Nur Mitglieder des Wahlvereins haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Nowawes. Am Sonntag, den 25. März, abends 7 Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Bildungsanschuß in den Deutschen Festfälen, Wilhelmstraße 43, einen „Friedrich-Abend“, auf den wir hinweisen, mit dem Ersuchen um recht rege Beteiligung. Neben Konzert, Cello-Solo und Rezitation wird „Am Borzimmer Se. Exzellenz“, (Lebensbild in einem Akt aus der Biedermeierzeit), zur Aufführung gelangen. Es steht somit bei der Vielseitigkeit des Programms jedem Besucher ein wirklicher Kunstgenuss bevor. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pf. festgesetzt. Der Vorverkauf hat bereits begonnen. Karten sind erhältlich in den Verkaufsstellen der „Konsum-Genossenschaft“ und in den „Deutschen Festfälen“. Für Potsdam: bei Kriegl, Bierrengegeschäft, Brauerstraße 5, und in den Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft, sowie an der Abendkasse.

Es laden ergebenst ein Der Arbeiter-Bildungsanschuß.

### An unsere Postabonnenten!

Unsere Postbezieher werden darauf aufmerksam gemacht, ihr Abonnement auf das Mitteilungsblatt rechtzeitig zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Die Bestellung ist bei dem nächsten Postamt zu vollziehen. Der Bezugspreis beträgt 72 Pfennige pro Vierteljahr einschließlich Bestellgeld.

Friedrich-Abend

Deutsche Festfälen,

Nowawes, Wilhelmstraße 43.

Sonntag, den 25. März,

abends 7 Uhr:

Friedrich-Abend

veranstaltet vom „Arbeiter-Bildungs-Anschuß“.

Näheres unter „Vereins-Veranstaltungen“ in heutiger Nummer.

Das heilige Feuer

### Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Tagesordnung: 1. Die Steuervorlagen im Reichstage. Referent: Gen. Reichstagsabgeordneter E. Wurm. 2. Diskussion.

### Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

im Lokal „Andreas-Festfälen“, Andreasstr. 21.

Tagesordnung: 1. Die Steuervorlagen im Reichstage. Referent: Gen. Reichstagsabgeordneter Bogtherr. 2. Diskussion.

### Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr, findet

in den „Pharusfälen“, Müllerstraße, eine

### Mitglieder-Versammlung

statt. — Tagesordnung: 1. Die Steuervorlagen im Reichstage. Referent: Reichstagsabgeordneter Artur Stadthagen. 2. Diskussion.

### Wahlverein Neukölln.

Dienstag, den 20. März, abends 8 Uhr, in den

„Passage-Festfälen“, Bergr. 150:

### Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Die dem Reichstage vorliegenden Steuervorlagen. Referent: Reichstagsabgeordneter Henke. 2. Diskussion.

Der Eintritt in die Versammlungen erfolgt nach Vorzeigung der Mitgliedsbücher.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

#### 2. Wahlkreis.

Am 11. 1. 17 verstarb in Gefangenschaft unser Genosse

**Germann Sperling**

Schleiermacherstr. 12, Bez. 120.

Am 27. 2. 17 im Felde verstorben durch Verschüttung der Genosse

**G. Nebel**

Blücherstr. 34, Bez. 120.

**Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.**  
Bezirk Niederschönhausen.

Am 11. Februar 1917 verstarb im Lazarett am Fleckfieber unser Mitglied, der 33 Jahre alte Schriftsetzer

**Gustav Schoof**

Rörnerstr. 38.

Ehre ihrem Andenken!

### Nachruf.

#### 4. Wahlkreis.

Am 26. Februar verstarb unser Genosse, der Arbeiter

**Josef Plener**

Friedenstr. 49, Bezirk 277.

Am 12. März verstarb unser Genosse, der Maschinenarbeiter

**Gustav Sorgenfrei**

Muslauer Str. 18, Bezirk 168.

#### 6. Wahlkreis.

Zu Monat März verstarb unser Genosse, der Gastwirt

**Otto Feiring**

Sellerstr. 11, 16. Abt., Bez. 742.

Desgleichen unser Genosse, der Schankwirt

**Karl Schweiger**

Rheinsbergerstr. 62, 2. Abt., Bez. 607.

### Wahlverein Neukölln.

Am 6. Februar verstarb unser langjähriger Genosse, der 47 Jahre alte Metallbrücker

**Franz Manthey**

Jägerstr. 54, 20. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!